



13. Mai 2016

CDU

56. Parlaments – Postille



**Sehr geehrte
Damen und Herren,
liebe Freunde,**

aktuell haben wir über den schnelleren Ausbau des Internet in Deutschland beraten und drei weitere sichere Herkunftstaaten beschlossen. Schließlich gehen die Vorberatungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz,

zur Integration und zu einem weiteren Anti-Terrorgesetz weiter, damit wir uns möglichst bald mit diesen Themen im Bundestag befassen können.

Wir senden ein klares Signal an die Menschen aus Marokko, Algerien und Tunesien, die nahezu ausschließlich aus ökonomischen Motiven nach Deutschland kommen. Es lohnt sich nicht, sich auf den Weg nach Deutschland zu machen. Die drei Länder werden als sichere Herkunftstaaten eingestuft. Damit können Asylverfahren schneller durchgeführt werden und die Ausreise nach einem ablehnenden Bescheid zügiger erfolgen. Im letzten Jahr wurden etwa 26.000 Asylbewerber aus diesen Ländern in Deutschland registriert. Unser Asylrecht ist aber kein Einwanderungsrecht. Es ist auch nicht dafür da, wirtschaftliche und soziale Probleme in den Heimatländern aufzufangen. Die Erfahrung mit den Balkanstaaten zeigt, dass eine Einstufung als sicherer Herkunftstaat unmittelbare Konsequenzen hat. Die Asylbewerberzahlen aus den Westbalkanstaaten sind seitdem drastisch zurückgegangen, seit Sommer 2015 um 90 Prozent.

Ihre 
Ingrid Pahlmann MdB

Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird gestärkt

In dieser Woche wurde im Koalitionsausschuss das Thema Werkverträge und Leiharbeit beraten. Die Einigung auf einen gemeinsamen Gesetzesentwurf soll für klare Verhältnisse in der Branche der Zeitarbeit sorgen. Durch den Kompromiss wird die Branche als wichtiger Bestandteil einer flexiblen Arbeitswelt langfristig gestärkt. Gleichzeitig wird faktisch unbegrenzte Zeitarbeit künftig nicht mehr möglich sein. Wir werden den Missbrauch eindämmen und Sicherheit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gewährleisten. Dazu zählt auch die Einführung einer Höchst-überlassungsdauer von 18 Monaten und Equal Pay nach neun Monaten. Außerdem ist es gelungen, auch flexible Abweichungsmöglichkeiten hiervon in den Gesetzesentwurf aufzunehmen. Wir stärken die Tarifpartner, denn sie dürfen tarifliche Sondervereinbarungen treffen. Es gibt vereinzelt Unternehmen, die verdeckt Zeitarbeit unter dem Mantel des Werkvertrages betreiben. Auch diese missbräuchliche Gestaltung von Werkverträgen werden wir – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – abstellen. Unternehmen müssen sich künftig von vornherein auf eine Vertragskonstruktion – Zeitarbeit oder Werkvertrag – festlegen. Ein späterer Spurwechsel ist künftig nicht mehr möglich. Wir werden im parlamentarischen Verfahren eine zügige Beratung des Gesetzesentwurfs sicherstellen.

Bei allen unseren Aktivitäten sollten wir uns von der Frage leiten lassen, was wir für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger und für das Allgemeinwohl unseres Landes tun können. Das ist das beste Rezept gegen Vereinfacher und bloße Stimmungsmache. Das Thema innere Sicherheit brennt den Menschen unter den Nägeln, es

reicht bis in den Alltag der Bürger hinein. Auch um unsere einheimischen Landwirte müssen wir uns intensiv kümmern und konkrete Maßnahmen angehen, denn die Situation auf vielen Bauernhöfen ist dramatisch. Die Änderungen des Agrarmarktstrukturgesetzes schaffen die rechtlichen Voraussetzungen, damit die Branche für einen begrenzten Zeitraum Mengenabsprachen treffen kann. Mit diesem Instrument haben Erzeuger und Verarbeiter die Möglichkeit, für eine bessere Steuerung des Milchangebots zu sorgen und damit eine Reduzierung der Milchmenge zu erreichen.

Darüber hinaus sind angesichts der dramatischen Marktsituation weitere nationale und europäische Maßnahmen, wie Liquiditätshilfen in Verbindung mit nationalen Entlastungen, notwendig, um unsere Landwirte zu unterstützen und Strukturbrüche zu vermeiden.

Rede zur Wiederezulassung von Glyphosat

„Der Wahlkampf naht: Wieder einmal diskutieren wir über die Zulassung von Glyphosat.

Wenn man die Auflagen bei der Zulassung und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und deren Rückstände in Lebensmitteln betrachtet, so sind unsere Messmethoden so präzise geworden, dass man im Prinzip alles nachweisen kann. So hat z.B. eine Prise Estragon so viel krebserregendes Potential wie der Rauch einer täglich konsumierten Zigarette. Es scheint nur so von Giften in unseren Nahrungsmitteln zu wimmeln. Das stimmt aber nicht: unsere Nahrungsmittel sind so sicher wie nie zu vor.

Wir müssen davon wegkommen, dass wir Messwerte mit Gefährdung gleichsetzen. Die gesetzlichen Grenzwerte haben Vorsorgecharakter und ein Erreichen keine unmittelbare toxische Wirkung.

Ganz oben auf der Liste der Ernährungsrisiken stehen nicht die Rückstände in den Nahrungsmitteln, sondern der Umgang mit eben diesen Nahrungsmitteln.

Fehlende Kenntnis über Zubereitungsmethoden und mangelnde Küchenhygiene sind echte Risiken für die Gesundheit (s. Salmonellen, Mycotoxine, Krebsgefährdung durch übermäßig gebräuntes Grillgut, Bratkartoffeln, Pommes Frites, Chips, etc.).

Unkenntnis beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln kann man den Landwirten nun wirklich nicht vorwerfen. Der Einsatz im privaten Gartenbereich ist da deutlich kritischer zu sehen. Landwirte handeln nach guter fachlicher Praxis, sie sind gut ausgebildet im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln und der dazugehörigen Technik und unterliegen strenger Überwachung.

Sie selbst unterstützen strenge Maßstäbe für Zulassung und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, erwarten aber, dass diese Maßstäbe wissenschaftlich fundiert und nicht von unbegründeten Ängsten gesteuert festgelegt werden.

Was momentan am Beispiel der Zulassungsverlängerung von Glyphosat geschieht, ist eine Missachtung von Wissenschaft und eine gezielte, emotional gesteuerte Verunsicherung der Bevölkerung.

Zuerst der Fund von Glyphosat in Muttermilch, erreicht durch eine nicht wissenschaftlich belegbare Untersuchung eines Labors unter Anwendung von Tests, die sich nicht für fetthaltige Flüssigkeiten eignen. Die Überprüfung durch geeignete Methoden ergab, dass kein Glyphosat in Muttermilch nachweisbar ist. Aber tausende Mütter wurden verunsichert und die beste Ernährungsmethode für Babys unbegründet in Frage gestellt. Ich kann nur sagen: unverantwortlich!

Dann der Fund von Glyphosat im Bier, komischerweise an dem Morgen in der Presse, als im Plenum über Glyphosat debattiert wurde. Dass man pro Tag 1000 l Bier trinken muß, um überhaupt eine schädigende Wirkung durch Glyphosat zu erzielen, ist mittlerweile hinlänglich bekannt.

Warum braucht die Landwirtschaft Glyphosat?

Warum wird es bei schwer zu bekämpfenden, ausdauernden Unkrautarten eingesetzt?

Warum pflügen die Landwirte nicht die Felder, grubbern und hacken sie nicht maschinell?

Weil Landwirte eben abwägen. Der gesunde Ackerboden ist das höchste Gut, das Bauern haben und die pfluglose oder reduzierte Bodenbearbeitung ist auch ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Landwirtschaft.

Pflügen kann die Bodenfruchtbarkeit auf lange Sicht reduzieren. Bodenorganismen leben in verschiedenen Bodentiefen und können durch das Umpflügen beeinträchtigt oder auch zerstört werden.

Dann ist ein gelockerter Boden der Winderosion ausgesetzt und kann zudem nach starken Regenfällen besonders in Hanglagen abgeschwemmt werden.

Gleichzeitig wird gespeicherter Kohlenstoff freigesetzt, der dann als klimarelevantes Kohlendioxid die Atmosphäre belastet. Durch das pfluglose Anbauverfahren (unter Hilfestellung des Glyphosats) lässt sich der CO₂ Ausstoß im Kulturpflanzenanbau halbieren.

Dieses alles wissen die Landwirte, deshalb wägen sie ab, wann sie pflügen und in welchen Fällen sie mit Mulchverfahren arbeiten.

Neben den Vorteilen für die Bodengesundheit und den Klimaschutz würden bei Verzicht auf Glyphosat massive Ernteaufschläge, durch die Konkurrenz von Unkräutern drohen.

Der Wirkstoff steht somit für ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und hilft die Abhängigkeit von Importen zu begrenzen.

Und sind wir doch ehrlich, die Anwendung von Glyphosat in Deutschland ist nicht das Problem – das Problem liegt vielmehr in der ungebremsen Anwendung in genveränderten Kulturen in Nord- und Südamerika.

Dort wird großflächig z.T. unter dem Einsatz von Flugzeugen gespritzt und Mengen ausgebracht, die auch in meinen Augen bedenklich sind. Dort gibt es durch die intensive Anwendung auch Probleme mit Resistenzen, die wir hier in Deutschland nicht kennen.

Es gibt zurzeit keine Alternative zu Glyphosat, andere Mittel, die alternativ eingesetzt würden, sind schlechter abbaubar, belasten Böden und Grundwasser weit mehr als Glyphosat.

Das heißt nicht, dass man nicht weiter kritisch Forschung betreiben muß, die Frage der begleitenden Netzmittel / also Zusatzstoffe klären und Alternativen entwickeln muss.

Aber bitte zurück zur Sachlich- und Fachlichkeit, keine polemische, pseudowissenschaftliche Diskussion, die die Menschen nur beunruhigt und niemandem hilft.

Die Bewertung des Wirkstoffs durch die zuständigen Behörden aller Mitgliedstaaten und der EFSA ergab, dass einer Wiedergenehmigung von Glyphosat keine wissenschaftlichen Gründe entgegenstehen. Was unseren Rechtsstaat ausmacht, ist die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung: wenn Sie ihre Führerscheinprüfung bestehen, haben sie einen Rechtsanspruch darauf, diesen auch zu bekommen. Dieses Prinzip gilt auch im Pflanzenschutzrecht!

Für die Haltung der Kollegen von der SPD in dieser Frage fehlt mir jedes Verständnis. Dem augenscheinlich öffentlichen Mainstream unreflektiert zu folgen, wird ihre Umfragewerte nicht in die Höhe treiben. Die Umweltministerin hat zugegeben, dass es keine wissenschaftliche Grundlage für eine Verweigerung der Zulassungsverlängerung gibt! Auch die deutsche Forderung nach stärkerer Berücksichtigung der Artenvielfalt hat die EU-Kommission in ihren Entwurf aufgenommen.

Wir haben die Verantwortung fachliches, wissenschaftliches Wissen nach vorn zu stellen und nicht reißerischen Schlagzeilen in der Presse hinterherzulaufen.“

Wilscher hospitiert im Bundestagsbüro

In Vorbereitung auf sein Studium hospitierte der 19-jährige Lous Schacht 2 Tage in meinem Berliner Büro. In einer vollgepackten Sitzungswoche begleitete er mich zu zahlreichen Terminen und erhielt so einen intensiven Einblick in die praktische Arbeit einer Bundestagsabgeordneten im Hauptstadtbetrieb.



WLAN-Betreiber haften nicht mehr pauschal für Nutzer

Die Koalitionsfraktionen haben sich in dieser Woche darauf geeinigt, die WLAN-Störerhaftung abzuschaffen und damit Rechtssicherheit für alle Anbieter von „Hotspots“ zu schaffen.

Die Haftungsfreistellung soll für alle Anbieter – privat, gewerblich und neben-gewerblich – gelten, um den Ausbau von WLAN-Hotspots voranzutreiben. Das ist gerade bei uns im ländlichen Raum von enormer Bedeutung. Darüber hinaus wollen wir klare Regelungen für schnelle und effektive Verfahren zur Rechtsdurchsetzung im Internet etablieren. Plattformen, deren Geschäftsmodell im Wesentlichen auf der Verletzung von Urheberrechten basieren, sollen legal keine Werbeeinnahmen generieren. Fremdes geistiges Eigentum darf nicht zur Finanzierung solcher Portale missbraucht werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Haftungsregelungen für Plattform-Betreiber auf europäischer Ebene überarbeitet werden. Ferner soll eine Auswertung durch die Bundesregierung erfolgen, inwiefern die Rechte von Personen und Gewerbebetrieben auf Internet-Plattformen in der Vergangenheit verletzt worden sind. Bei Bedarf werden wir diesen Punkt ebenfalls noch in dieser Wahlperiode regeln.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion leistet mit diesen Änderungen auch einen entscheidenden

Beitrag für digitale Teilhabe, eine flächendeckende Breitband-versorgung und die Einhaltung ziviler Umgangsformen im Internet. Unsere Gesetze gelten selbstverständlich nicht nur in der analogen Welt, sondern auch in der digitalen. Unter „Störerhaftung“ versteht man die derzeit geltende Rechtsklausel, dass der Anbieter eines WLAN-Netzes für Vergehen seiner Nutzer unter Umständen haften muss, wenn über diesen Hotspot illegal Filme oder Musik kopiert wurden. Das hat in den vergangenen Jahren zu zahlreichen Abmahnungen geführt.

Um das schnelle Internet zügiger auszubauen, berieten wir in dieser Woche das „Diginetzgesetz“ zur Reduzierung der Kosten, die beim Ausbau digitaler Netze entstehen. Das Gesetz setzt auf drei Instrumente. Wir verbessern über eine zentrale Stelle bei der Bundesnetzagentur die Informationslage zu mitnutzbarer, schon bestehender öffentlicher Infrastruktur. Zweitens erleichtern wir den Netzbetreibern, etwa Abwasserleitungen, Fernwärmenetze oder Straßen und Schienen mitzunutzen. Auch an mitzuverlegende Leerrohre bei Infrastrukturmaßnahmen ist gedacht. Zusätzlich stellen wir klar, dass bei Erschließungsmaßnahmen in Neubaugebieten immer bereits Glasfaserkabel mitverlegt werden. Die große Aufgabe der Modernisierung unserer Telekommunikationsnetze für die neueste Technologie wird durch dieses Gesetz deutlich erleichtert.

Barrierefreiheit wird ausgeweitet

Der Bundestag hat das Behindertengleichstellungsgesetz reformiert. Darin wird unter anderem die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland zum geltenden Recht, die neue Maßstäbe setzte.

Artikel 3 des Grundgesetzes besagt: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Diesen Grundsatz setzte der Gesetzgeber vor 14 Jahren mit dem BGG um, in dem er für die Bundesebene Barrierefreiheit fest schrieb. Menschen mit Behinderungen sollten genauso leicht Zugang zu Gebäuden bekommen und Verkehrsmittel nutzen können wie Nichtbehinderte. Jetzt wird das BGG an neue Zielgruppen und Standards angeglichen. Allerdings richtet sich das nicht allein an die öffentliche Hand auf Bundesebene, sondern auch an die Landesebene, die kommunale Ebene und die Wirtschaft.

Für den Bund schreibt das neue BGG unter anderem vor, dass Behörden Textdokumente von nun an in Leichter Sprache zur Verfügung stellen

müssen, damit auch Menschen mit Lernbeeinträchtigungen sie verstehen. Beispielsweise werden künftig Bescheide der Agentur für Arbeit oder der Renten- und Krankenversicherung, in Leichter Sprache erläutert. Auch Internetauftritte sollen barrierefrei gestaltet werden. Texte in Leichter Sprache sind aber nicht nur ein Angebot für Menschen, die eine geistige Behinderung haben. Ebenso sollen Menschen mit psychischen Erkrankungen das neue Angebot in Zukunft abrufen können.

Eingerichtet wird in Zukunft auch eine Bundesfachstelle für Barrierefreiheit, welche die Behörden bei diesem Thema unterstützen soll. Auf mittlere Sicht soll die Fachstelle auch als Beratungsinstitut für Private, Kommunen und öffentliche Einrichtungen agieren. Auch in anderer Hinsicht wirkt das Gesetz mittelbar in die Wirtschaft hinein. Firmen, die vom Bund Drittmittel erhalten, werden an die Richtlinien des BGG gebunden.

Ein neues, kostenloses Schlichtungsverfahren soll außerdem verhindern helfen, dass Menschen mit Behinderungen im Streitfall langwierige Gerichtsverfahren durchlaufen müssen. Nicht nur Verbände, sondern auch Einzelpersonen können die Schlichtungsstelle einschalten. Sie wird bei der Beauftragung für die Belange behinderter Menschen angesiedelt und arbeitet unabhängig.

Das reformierte BGG ist eingebettet in eine Reihe weiterer Regelungen, die Menschen mit Behinderungen zugutekommen. Zu nennen wäre hier das bereits beschlossene Förderprogramm für Integrationsbetriebe im Umfang von 150 Millionen Euro, das Menschen mit Behinderungen zu mehr Jobs verhelfen soll. Auch das noch zu beratende Bundesteilhabegesetz gehört in diese Reihe.

Kontakt

Büro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: (030) 22772341
Fax: (030) 22776067

Büro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Tel: (05371) 728035
Fax: (05371) 728036

Büro Peine

Freiligrathstr. 4, 31224 Peine
Tel: (05171) 7902225
Fax: (05171) 7902226



CDU